

Es gilt das gesprochene Wort!
– Sperrfrist 24.01.2010, 12:00 Uhr –

Signale für Wachstum und Beschäftigung

**Rede
von Jost de Jager
Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
zur Jahresauftaktveranstaltung UV Nord
24. Januar 2011 in Hamburg**

Anrede!

Hinter uns liegt ein stürmisches Jahr – wer wüsste das besser als Sie hier in Hamburg. Aber keine Sorge: ich will weder über das Wetter noch über politischen Turbulenzen in unseren beiden Ländern reden. Mein Thema ist die Wirtschaft. Und die hat 2010 die schnellste Konjunkturwende aller Zeiten erlebt. Beim Wirtschaftswachstum von fast minus fünf Prozent im Jahre 2009 auf plus drei Prozent in diesem Jahr. Da wird - offen gestanden - selbst einem Berufsoptimisten wie mir zuweilen schwindelig.

Aber weiter: Die Arbeitslosigkeit ist seit Februar um 14 Prozent gesunken, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat allein bis Oktober um plus 5 Prozent zugenommen. Damit haben wir in Schleswig-Holstein inzwischen wieder fast so wenig Arbeitslose wie im Einigungsboom, der Beschäftigungsstand ist so hoch wie noch nie in diesem Jahrzehnt!

Auch die Lage der Unternehmen – Herr Wachholtz ist darauf ausführlich eingegangen – hat sich deutlich entspannt. Die Auftragslage ist ordentlich, die Beschäftigungslage auch.

Meine Damen und Herren,

der Volksmund sagt: heißes Eisen soll man schmieden! Und ich glaube, nie war der Moment so günstig für Hamburg und Schleswig-Holstein, jetzt im Aufschwung gemeinsame Projekte im Bereich der Wirtschafts- und Verkehrspolitik zu schmieden. Es gehört zu meinen Grundüberzeugungen, dass die Zukunftsfähigkeit beider Länder auch davon geprägt wird, inwieweit es gelingt, durch gegenseitige Kooperation die Wachstumschancen Norddeutschlands insgesamt zu verbessern.

Aus Sicht der Wirtschaft sind Schleswig-Holstein und Hamburg längst eine Region, die Zusammenarbeit hat im letzten Jahr weiter an Dynamik gewonnen und wird immer selbstverständlicher. Das gemeinsame Aktionsprogramm von UV-Nord und Kammern, in dem unter anderem eine bessere Koordination der Wirtschaftsförder-Einrichtungen und ein gemeinsamer Technologie-Transfer verabredet wurden; oder das Zusammenrücken unserer Patentverwertungsagenturen sind dafür nur einige Beispiele. Ebenso wie die gemeinsame Fachkräfte-Offensive unter dem Dach unserer gemeinsamen Life-Science-Agentur Norgenta.

Auch die Kammern Hamburgs und Schleswig-Holsteins haben erheblich zum Zusammenwachsen beigetragen, zuletzt mit der Einrichtung einer gemeinsamen Geschäftsstelle der Handelskammer Hamburg und der Industrie- und Handelskammer Lübeck in Norderstedt.

Auch, wenn dies alles nur kleine Schritte sein mögen – der Kurs stimmt und ich glaube, die Zeit ist reif, dass wir uns gemeinsam an größere Dinge wagen.

Hamburger Hafen und Nord-Ostsee-Kanal

Ich denke, ich gehe nicht zu weit, wenn ich behaupte: Das gemeinsame Schicksal unserer Länder hängt am Wasser. Der Hamburger Hafen ist ein Jobmotor, der auch den Wohlstand in Teilen Schleswig-Holsteins vorantreibt. Und unser Nord-Ostsee-Kanal ist ebenso wie die Elbe eine Verkehrsader, ohne die dieser Jobmotor leicht ins Stottern geraten könnte. Wir sollten also **g e m e i n s a m** ein enormes Interesse daran haben, dass die Elbe und die Häfen entlang der Elbe an die kommende Generation von Containerschiffen angepasst werden. Dass die Wirtschaft der Politik dabei manchmal deutlich um eine Nasenlänge voraus ist, zeigt sich an dem seit über zwei Jahren erfolgreichen Schulterschluss der Elbehäfen im Rahmen des „Hafenkonzepts Unterelbe“

Wenn Hamburg den Wettlauf mit Rotterdam oder anderen Nordseehäfen verliert, dann verlieren auch wir Schleswig-Holsteiner. Dabei versteht es sich von selbst, dass bei allen Vorhaben die Sicherheit berücksichtigt und mögliche Konsequenzen für Deich- und Naturschutz sowie Fischerei beachtet werden.

In dem Maße, in dem wir die Elbvertiefung unterstützen, wünschen wir uns die massive Unterstützung von Hamburg, wenn es um den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals geht. Der Kanal ist das Eingangstor zum Handelsraum Ostsee – und dieser Bereich wächst und wächst. Auch hier muss – zum Wohle beider Länder – der neuen Generation von Frachtschiffen der Weg geebnet werden.

Eine weitere tragende Säule der gemeinsamen Infrastrukturpolitik von Hamburg und Schleswig-Holstein ist zweifellos die feste Fehmarnbeltquerung, über deren endgültige Ausgestaltung der dänische Verkehrsminister diese Woche entscheiden wird. Doch ganz gleich, ob am Ende eine Brücke oder ein Tunnel gebaut wird – fest steht: Dieses Jahrhundert-Bauwerk schweißt uns Schleswig-Holsteiner mit den Hamburgern ebenso fest zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammen wie die Fahrrinnenanpassung der Elbe oder der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals.

Und das ist gut so, meine Damen und Herren, denn im Wettbewerb werden wir uns nur gemeinsam behaupten können!!

Infrastruktur

Wir bringen den Bau der festen Fehmarnbeltquerung – soweit es in unseren Möglichkeiten liegt – deshalb mit Hochdruck voran, weil wir auf eine intensivere Zusammenarbeit mit dem südlichen Ostseeraum setzen. Ich würde Eulen nach Athen tragen, wenn ich vor diesem Publikum die riesigen Chancen der Querung auflisten würde – insbesondere die riesigen Vorteile für die Metropolregion Hamburg.

Dasselbe gilt für die geplanten Offshore-Windparks in Nord- und Ostsee. Hier bewegen wir uns schon lange nicht mehr im Stadium von Visionen, sondern haben eine Offshore-Strategie vorgelegt, aus der auf der Insel Helgoland bereits Nägel mit Köpfen gemacht werden.

Wenn wir die Entwicklungsmöglichkeiten bei uns im Norden voll nutzen wollen, dann sind auch andere leistungsfähige Verkehrsnetze nach wie vor ein ganz entscheidender Schlüssel dazu. So bauen wir mit Hochdruck an der A 20, weil wir die starke Ost-West-Verbindung brauchen. Sie kommt gut voran – was man unter anderem daran erkennt, dass wir seit Monaten sämtliche Bauabschnitte im Planfeststellungsverfahren haben.

Und manchem Kritiker möchte ich an dieser Stelle auch einmal deutlich sagen: Der limitierende Faktor bei diesem Bauprojekt ist keineswegs das Tempo der Landesbehörden, sondern das Geld des Bundes, meine Damen und Herren!

Bei allen gemeinsamen Zielen und Projekten dürfen wir aber auch nicht vergessen, dass auch Schleswig-Holstein und Hamburg nur Teil der Region Norddeutschland sind. Ich bin mir bewusst, dass auch die konkrete Zusammenarbeit mit Niedersachsen, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern ebenso ein wichtiger Baustein für die weitere Entwicklung des norddeutschen Wirtschaftsraums ist.

Gemeinsames Luftverkehrskonzept mit Hamburg

Alle norddeutschen Länder kooperieren zudem im Bereich der See- und Flughäfen, wo es derzeit vor allem darum geht, in Gesprächen mit dem Bund zu einer zügigen Realisierung des Investitionsschwerpunktes Hafenhinterlandanbindungen zu gelangen sowie ein gemeinsames Norddeutsches Luftverkehrskonzept zu entwickeln, das der dynamischen Entwicklung der nationalen und internationalen Luftverkehrsnetzes gerecht wird und den Weg für die künftige Flughafenpolitik im norddeutschen Raum zeigen wird.

Was die Flughäfen unserer beiden Länder anbelangt, so werden wir bald die Frage zu beantworten haben, was zu tun ist, wenn der Hamburg-Airport in vielleicht 15 bis 20 Jahren an seine Kapazitätsgrenzen stößt. Auf der anderen Seite stehe ich in meinem Ministerium gerade vor der weitreichenden Entscheidung, den Flughafen Lübeck-Blankensee weiter auszubauen und ihm eine solide Zukunftsperspektive zu verschaffen.

Bei beiden Themen sehe ich großen Abstimmungsbedarf, den wir nicht mehr auf eine allzu lange Bank schieben sollten.

Meine Damen und Herren,

ich räume ein, wer zu großen Sprüngen ansetzen will, der sollte ein starkes Fundament unter den Füßen haben. Und dieses Fundament ist für uns Schleswig-Holsteiner vor allem unser kerngesunder Mittelstand – unsere mehr als 120.000 kleinen und mittleren Unternehmen.

Lage der Unternehmen

Und hier sieht die Lage besser aus, als wir noch vor einem Jahr zu träumen gewagt hätten: auch wenn einige Unternehmen Liquiditätsprobleme hatten, so ist die vielzitierte Kreditklemme ausgeblieben. Eines unserer Sorgenkinder in Schleswig-Holstein bleibt – wie hier in Hamburg – die Werftindustrie. Insgesamt aber war von einem Austrocknen des Kreditmarktes nichts zu spüren.

Dass die Finanz- und Wirtschaftskrise in Deutschland so schnell und beispielhaft überwunden worden ist, hängt auch damit zusammen, dass die Bundesregierung mit Unterstützung der Länder die richtigen Förderinstrumente angesetzt hat. Gemeinsam mit unseren Förderinstituten konnten wir so die mittelständische Wirtschaft wirkungsvoll unterstützen. Und die von der EU Kommission geschaffenen Erleichterungen im Wettbewerbsrecht sind bei den bestehenden Förderinstrumenten unverzüglich umgesetzt worden. Darüber hinaus sind die Fördermöglichkeiten im Rahmen des Deutschlandfonds erweitert worden.

Einziger Wermutstropfen: Leider ist es nicht gelungen, die Bundesregierung dazu zu bewegen, die Erleichterungen bei der Gewährung von Kreditbürgschaften und Garantien der Bürgschaftsbanken in 2011 fortzusetzen.

Aber in allererster Linie verdienen Sie, meine Damen und Herren im Publikum, unsere Anerkennung. Denn unsere Wirtschaft wäre mit Sicherheit nicht so glatt durch die Krise marschiert, wenn sich die Unternehmerinnen und Unternehmen nicht so flexibel, unerschrocken und verantwortungsbewusst gezeigt hätten!

Öffentliche Finanzen

Wenig rosig sieht dagegen nach wie vor die Lage der öffentlichen Haushalte aus. Die Verschuldung des Landes Schleswig-Holstein liegt derzeit bei über 25 Milliarden Euro. Jede Sekunde, in der ich hier zu Ihnen spreche, steigt die Verschuldung um weitere 50 Euro. Im vergangenen Jahr haben wir über eine Milliarde Euro für Zinszahlungen aufgewandt. Das sind dramatische Zahlen. Wir müssen bis 2020 den Ausgleich unserer Haushalte ohne

Neuverschuldung erreichen, sonst droht über kurz oder lang auf vielen Gebieten die fast völlige Handlungsunfähigkeit der Politik.

Die Landesregierung von Schleswig-Holstein, meine Damen und Herren, hat diese Herausforderung angenommen und ein umfangreiches Sparprogramm beschlossen. Es bringt Einschnitte, die weh tun. Wie ernst es uns damit ist, zeigt sich nicht zuletzt auch daran, dass Schleswig-Holstein als erstes Bundesland eine Schuldenbremse auch in der eigenen Landesverfassung festgeschrieben hat.

Allerdings muss man auch sagen: dafür, dass wir als erstes Bundesland die Schuldenbremse festgeschrieben haben, wurden wir andererseits durch die Föderalismusreform hart abgestraft. Allein durch die Neuordnung der Wissenschaftslandschaft im Zuge der Reform erhält Schleswig-Holstein für Neubauten und Großgeräte 30 Millionen Euro weniger.

Und deshalb sage ich: Wir dürfen die Zukunft des Technologie-Transfers in Deutschland nicht länger von der Finanzkraft einzelner Länder abhängig machen. Darum erwägen wir eine Bundesratsinitiative, über eine Föderalismusreform III die finanziellen Unwuchten zu Lasten strukturschwächerer Länder zu beseitigen.

Mittelstandsoffensive

Von Paracelsus stammt der Satz: Die Dosis macht das Gift. Das gilt auch für das Sparen. Bei allem Konsolidierungszwang muss das Gleichgewicht von Sparen und Wachstumsimpulsen gewahrt bleiben. Das heißt: Notwendige Investitionen in die Zukunft unseres Landes müssen umgesetzt werden; sonst findet die Zukunft ohne uns statt!

Eine zukunftsorientierte Politik muss zunächst die mittelständische Struktur unserer Wirtschaft bewahren und stärken. Der Mittelstand ist mit gegenwärtig 600.000 Arbeitsplätzen der größte Arbeitgeber und Ausbilder in unserem Land. Er ist zugleich Ideenschmiede mit entscheidender Innovationskraft, und er übernimmt gesellschaftliche Verantwortung.

Wir brauchen das Wachstum und die Arbeitsplätze, die unsere mittelständischen Unternehmen schaffen. Aus diesen Überlegungen ist die Offensive für Wachstum und Beschäftigung in Mittelstand und Handwerk entstanden.

Die Mittelstandsoffensive bündelt neue Initiativen mit bewährten Maßnahmen. Dabei sind nicht nur direkte Unterstützungen für den Mittelstand relevant, auch die Energiepolitik mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Breitbandversorgung, die Wissenschafts- und Technologiepolitik mit ihren Forschungs- und Entwicklungskapazitäten oder die Frage, wie die Kooperation mit Hamburg hin zu einem norddeutschen Wirtschaftsraum vertieft wird, setzen wesentliche Rahmenbedingungen für die mittelständischen Unternehmen. Schwerpunkt der Mittelstandsoffensive in diesem Jahr ist die Sicherung des Fachkräftebedarfs.

Fachkräftebedarf

Die vielleicht größte Herausforderung in den nächsten Jahren – gerade auch für mittelständische Unternehmen – wird es sein, den Bedarf an Fachkräften zu decken. Sie wissen selbst, dass es zunehmend mehr Ausbildungsstellen als Schulabgänger gibt, die tatsächlich ausbildungsbereit und ausbildungsfähig sind. Das wird sich in absehbarer Zeit nicht ändern. Im Gegenteil: Weil der demographische Wandel unumkehrbar ist, wird uns das Fachkräfteproblem nicht nur in den nächsten Jahren weiter begleiten, sondern seine Bedeutung wird sogar noch zunehmen.

Bereits im letzten Jahr haben wir einen demographischen Wendepunkt überschritten. Bis 2010 ist die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zahlenmäßig noch leicht angestiegen. Bereits im aktuellen Jahr 2011 schwenkt sie zum ersten Mal seit dem Krieg auf einen Abwärtstrend ein, der uns noch lange begleiten wird. Die jüngste regionalisierte Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zeigt uns für Schleswig-Holstein, dass der Fachkräftebedarf spätestens ab 2020 zu einem echten Problem werden könnte. Dann werden in Schleswig-Holstein 50.000 Personen im erwerbsfähigen Alter weniger leben als heute. 50.000 Personen – das ist eine Stadt in der Größe von Neumünster!

2050 werden es dann über eine halbe Million weniger Personen im erwerbstätigen Alter sein: Dann müssen wir uns zusätzlich zu Neumünster auch Kiel, Lübeck und Flensburg „wegdenken“, meine Damen und Herren.

Für die Unternehmen bedeutet das einen deutlich intensiveren Wettbewerb um junge qualifizierte Fachkräfte – und das nicht nur innerhalb Schleswig-Holsteins und der Metropolregion, sondern auch und gerade mit den Hochlohnregionen Süddeutschlands.

Die Politik kann den Unternehmen nicht die Verantwortung für die Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte abnehmen. Was wir aber können und auch bereits tun, ist, günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, um Jugendliche und Betriebe optimal zusammenzubringen. Besonders wichtig sind Anstrengungen, Jugendlichen ohne Schulabschluss Anschluss an den Arbeitsmarkt zu verschaffen, um sie dort für eine spätere Qualifizierung fit zu machen. Wir haben verschiedene Förderprogramme aufgelegt, die darauf abzielen, die Ausbildungsfähigkeit der Schulabsolventen zu verbessern.

Natürlich sind auch Sie als Unternehmer dabei gefordert. Wir, das heißt die Landesregierung, können und werden Sie dabei nach Kräften unterstützen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie auch ermutigen, die Weiterbildungsangebote in Anspruch zu nehmen, um Ihre Mitarbeiter weiter zu qualifizieren.

Innovationspolitik und Hochschulpolitik

Von ähnlicher Bedeutung wie die Fachkräfteproblematik ist die Innovationsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Wirtschaft.

Und auf diesem Feld, meine Damen und Herren, habe ich es besonders leicht, weil ich praktischerweise zugleich Wissenschaftsminister bin. Die Wettbewerbsfähigkeit vieler unserer Unternehmen resultiert aus einer Strategie der Technologieführerschaft, die kontinuierlich verteidigt und jeden Tag neu errungen werden muss. Wir wissen, dass Innovationen nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, sondern auch von ganzen Regionen prägen und damit Wachstum und Beschäftigung sichern. Damit uns im Norden auch nicht eine einzige gute Idee verloren geht, brauchen wir eine effiziente Innovationspolitik – und die braucht eine entsprechende Hochschulpolitik! Die Universitäten und Fachhochschulen des Landes sind nicht nur Ausbildungseinrichtungen, die den privaten Unternehmen und auch dem öffentlichen Sektor hochqualifizierte Arbeitskräfte bereitstellen. Sie dienen auch dem Wissens- und Technologietransfer aus dem wissenschaftlichen Bereich in die unternehmerische Praxis.

Wir als Landesregierung sind uns dessen sehr bewusst. Deshalb werden wir in den kommenden Wochen eine moderate Neuausrichtung unseres Zukunftsprogramms Wirtschaft vornehmen, indem wir den ohnehin bereits angelegten Schwerpunkt Wissenschaft und Innovation nochmals verstärken.

Wir unterstützen aber nicht nur die Schwerpunkt- und Profilbildung der Hochschulen des Landes – etwa im Rahmen von Exzellenzinitiativen – sondern wir fördern und fordern (!) auch Anstrengungen der Universitäten und Fachhochschulen zum Technologietransfer. Dieser Transfer liefert einen wichtigen Beitrag dazu, Schleswig-Holstein als Produktionsstandort attraktiv zu halten.

Schluss

Meine Damen und Herren,

dies war notgedrungen eine „Tour d' Horizon“ im Laufschrift. Sie sollte aber gezeigt haben: Wir sind uns unserer Verantwortung für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein und für den Wirtschaftsraum Nord insgesamt bewusst.

Lassen Sie uns – wir als Landesregierung und Sie als Unternehmer – weiter zusammenarbeiten, um das Bestmögliche zu erreichen. Die ersten Schritte auf diesem Weg sind getan.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.